

Zum K. gehören z. B. die auf der Grundlage der Rechtsvorschriften der DDR abgeleiteten Verfahrensfragen,

- die in der Paßkontrollordnung (PKO) und
- in der Ordnung zur Technologie der Kontrolle und Abfertigung sowie zur Arbeitsorganisation (OTA) an den Grenzübergangsstellen der DDR ihren Niederschlag gefunden haben, einschließlich der zur Sicherung der Grenzübergangsstellen festgelegten und der in der → Betretungsordnung enthaltenen Maßnahmen.

Grenzübergangsstelle; Zurückweisung

politisch-operative Maßnahme auf der Grundlage rechtlicher Bestimmungen zur Verhinderung der Ein-, Aus- bzw. Transitreise in das, aus dem bzw. durch das Hoheitsgebiet der DDR.

Sie erfolgt im Zusammenhang mit verfügbaren → Fahndungen zur Durchsetzung von → Reisesperren im Einreise-, Ausreise- bzw. Transitverkehr und deren Erfassung in den Fahndungsmitteln der HA VI.

Z. von Personen, die in den Fahndungsmitteln zur Sperre der Ein-, Aus- bzw. Transitreise ausgeschrieben sind, werden erst nach zweifelsfreier Feststellung der Identität (vollständige Übereinstimmung der Personalangaben im Personaldokument mit den Angaben in den Fahndungsmitteln) vorgenommen. Die Z. wird von einem verantwortlichen Offizier der Paßkontrollseinheit ausgesprochen. Dem Fahndungs Objekt wird mitgeteilt, daß seine Ein-, Aus- bzw. Transitreise in das, aus dem bzw. durch das Hoheitsgebiet der DDR nicht gestattet wird. Nähere Gründe werden den Personen in Übereinstimmung mit der internationalen Praxis nicht mitgeteilt.

Personen, die in den Fahndungsmitteln zur Sperre der Einreise erfaßt sind und im nicht vom Abkommen zwischen der BRD und der DDR erfaßten Transitverkehr zu reisen beabsichtigen, werden nicht zurückgewiesen. Ihnen wird die Transitreise nach Drittstaaten gestattet, jedoch werden Maßnahmen zur Überwachung der Ausreise aus dem Hoheitsgebiet der DDR durchgesetzt.

Darüber hinaus kann Z. von Personen vor genommen werden, bei denen die rechtlichen Voraussetzungen für den Grenzübertritt nicht gegeben sind (nicht im Besitz erforderlicher Personal- und Grenzübertrittsdocuments) oder aufgrund politischer und politisch-operativer Erfordernisse (Sicherung von Großveranstaltungen, politischer und gesellschaftlicher Höhepunkte) oder beim Vorliegen anderer politisch-operativer Gründe (provokatorisches Verhalten, Kontrollverweigerung, Gefährdung der Sicherheit, und Ordnung, grobe Zollverstöße u. a.).